

# **Niederschrift**

## **über die Sitzung des Beirates zur Förderung der Belange von Menschen mit Behinderung am 7. September 2009**

**Beginn der Sitzung: 14.10 Uhr**

### **Tagesordnung:**

1. Anerkennung der Tagesordnung
2. Anerkennung der Niederschrift der Sitzung vom 16.03.2009
3. Übereinkommen der Vereinten Nationen vom 13.12.2006 über die Rechte von Menschen mit Behinderungen
4. Aktualisierung des Sachstandsberichts zur Situation blinder und sehbehinderter Mitbürgerinnen und Mitbürger aus dem Jahr 2002
5. Berichte aus den Runden Tischen / Leitfaden Runde Tische
6. Bericht der Verwaltung
7. Verschiedenes

**Anwesend:**

**Mitglieder des Behindertenbeirates**

Ratsherr Janetzki	Vorsitzender
Herr Wessels	stv. Vorsitzender

**Vertreter/innen der Menschen mit Behinderung**

Frau Pohlmann	Gruppe der Sehbehinderten
Herr Graf	Gruppe der Hörbehinderten
Herr Borzim / Frau Hampe	Gruppe der geistig Behinderten
Frau Kreuzkamp	Gruppe der Mehrfachbehinderten
Herr Fischer	Gruppe der Körperbehinderten u. chronisch Erkrankten
Herr Sowa	Gruppe der psychisch Behinderten

**Vertreter/innen der Ratsfraktionen**

Ratsherr Friedel	CDU
Ratsherr Syska	SPD
Ratsfrau Frey	Bündnis 90 / Die Grünen
Herr Dr. Piltz	FDP
Frau Hermanns	Linksfraktion Düsseldorf

**Weitere Mitglieder**

Frau Kroker-Christmann	Arbeitsgemeinschaft der Vereine behinderter u. chronisch kranker Menschen (ARGE) e.V.
Herr Osterland	Seniorenbeirat
Frau Bellstedt	Liga Wohlfahrt

**Vertreter/innen der Verwaltung**

Herr Buschhausen	Leiter des Amtes für soziale Sicherung und Integration
Frau Giersch	Amt für soziale Sicherung und Integration

**weitere Vertreter/innen der Verwaltung**

Frau Rigter	Behindertenkoordination
Frau Hartmann	Behindertenkoordination
Frau Spengler	Gleichstellungsbüro
Frau Kerler	Amt für Immobilienmanagement
Frau Lilienbecker	Amt für Immobilienmanagement
Herr Schmitz	Büro Oberbürgermeister
Herr Lerchner	Gesundheitsamt

**Weitere Teilnehmer/innen - stellvertretende Mitglieder:**

Herr Heller	Gruppe der Hörbehinderten
Frau Schröder	Gruppe der Mehrfachbehinderten
Frau Kubanek	Gruppe der Körperbehinderten u. chronisch Erkrankten
Herr Averbeck	Arbeitsgemeinschaft der Vereine behinderter und chronisch kranker Menschen - ARGE e.V.
Herr Masmeier	Sprecher Runder Tisch Bauen
Herr Zielonka	Sprecher Runder Tisch Verkehr
Herr Schlachetzki	stv. Sprecher Runder Tisch Bauen
Herr Egbers	stv. Mitglied der CDU

**Entschuldigt**

Herr Kozyk	Gruppe der Sehbehinderten
Frau Küpper	Gruppe der geistig Behinderten
Herr Fladerer	stv. Sprecher Runder Tisch Verkehr
Herr Müller	Behindertenkoordination

**Referentinnen**

Frau Hoop	Gesundheitsamt
Frau Rittmann	Rheinbahn

**Presse**

N.N.	NRZ
N.N.	Westdeutsche Zeitung

## **Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende, Ratsherr Janetzki, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

### **1. Anerkennung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Form einstimmig anerkannt.

Der Vorsitzende berichtet, dass Frau Stelzner den Beirat verlassen hat, eine Nachbenennung werde noch erfolgen. Er begrüßt Frau Kerler, Frau Hoop, Herrn Lerchner sowie Frau Hartmann, die als Vertreterin für Frau Rigter (Behindertenkoordination) teilnehme. Entschuldigt ist Herr Kozyk, ihn vertritt Frau Pohlmann.

Die Einladung ist fristgerecht erfolgt, die Beschlussfähigkeit des Beirates wird festgestellt. Der Beirat ist damit einverstanden, dass von der Sitzung zur Unterstützung der Protokollführung ein Audiomitschnitt gemacht wird.

### **2. Anerkennung der Niederschrift der Sitzung vom 16.03.2009**

Die Niederschrift der Sitzung vom 16.03.2009 wird einstimmig genehmigt.

### **3. Übereinkommen der Vereinten Nationen vom 13.12.2006 über die Rechte von Menschen mit Behinderungen**

Bericht der Verwaltung

Frau Giersch verweist auf die Broschüren der Bundesbeauftragten, die mit der Einladung versandt wurden sowie die Informationsvorlage der Verwaltung. Im Dezember 2008 sei die UN-Konvention in Deutschland per Gesetz übernommen und am 26.03.2009 wirksam geworden. Jetzt beginne die Phase, in der Überlegungen angestellt werden, wie die Umsetzung in nationales Recht gestaltet werden könne. Viele Punkte der UN-Konvention seien seitens der Verwaltung bereits zum Thema gemacht worden, bei anderen müsse das noch geschehen. Der Verwaltung lägen

Informationen vor, dass das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales im Herbst eine Informationsveranstaltung unter Beteiligung der Behindertenorganisationen plane, um die Frage zu klären, wie die UN-Konvention in die Praxis umgesetzt werden solle. Der Beirat werde von der Verwaltung über den weiteren Verlauf informiert. Die Vorlage sei als ein erster Schritt zu betrachten.

In der anschließenden Diskussion an der sich die Beiratsmitglieder Ratsfrau Frey, Ratsherr Syska, Herr Dr. Piltz, Herr Fischer, Frau Kubanek, Herr Masmeier und Herr Wessels beteiligen, wird deutlich, dass eine weitergehende inhaltliche Diskussion der Thematik, insbesondere in den Bereichen Schule und Barrierefreiheit, gewünscht wird. Die Vorlage könne nur eine Anregung zum Einstieg in die Handlungsfelder der UN-Konvention sein.

Diskussionen ergeben sich aus der in der Vorlage erwähnten Teilnahme der Verwaltung am „Arbeitskreis der kommunalen Behindertenbeauftragten/-koordinatorInnen NRW“. Einige Mitglieder bemängeln die fehlende Einbeziehung des Beirates bei der Erarbeitung der Stellungnahme an das Ministerium für Arbeit Gesundheit und Soziales NRW.

Herr Buschhausen verdeutlicht, dass es sich hier um einen internen Arbeitskreis handele, der auf Arbeitsebene seine Sicht zum Thema an das Ministerium weitergegeben habe. Ebenso erfolge die Beteiligung der Menschen mit Behinderung und anderer relevanter Gruppen durch das Ministerium. Er sagt zu, die Stellungnahme des Arbeitskreises dem Beirat zur Kenntnis zuzuleiten. Darüber hat das Ministerium für Arbeit Gesundheit und Soziales Verbände und Organisationen aufgefordert eigene Darstellungen zuzuleiten.

Abschließend nimmt der Beirat die Informationsvorlage zur Kenntnis, verbunden mit dem Wunsch nach einer zeitnahen Unterrichtung und vertiefter inhaltlicher Diskussion.

#### **4. Aktualisierung des Sachstandsberichts zur Situation blinder und sehbehinderter Mitbürgerinnen und Mitbürger aus dem Jahr 2002**

Referentin: Frau Hoop

Die Referentin weist auf den Beschluss des Ausschusses für Gesundheit und Soziales hin, der in seiner Sitzung am 6. Mai 2009 beschlossen hat, den Bericht von 2002 zu aktualisieren und dabei den Beirat zu beteiligen. Die Erarbeitung des neuen Berichts soll durch eine Redaktionsgruppe bestehend aus Vertreter/innen des Allgemeinen Blindenvereins Düsseldorf, Pro Retina, der Selbsthilfegruppe für Sehbehinderte, der Sehbehindertenschule Hassels sowie seitens der Verwaltung dem Amt für soziale Sicherung und Integration (Geschäftsstelle Beirat, Eingliederungshilfe), dem Jugendamt und federführend dem Gesundheitsamt erarbeitet werden.

Geplant sind die folgenden inhaltlichen Schwerpunkte:

- Mobilität, Bauen, Information, Kommunikation
- Freizeit / Freizeitgestaltung
- Frühförderung, Schule Familie
- berufliche Situation,
- spezielle gesundheitliche Fragestellungen
- Lebenssituation alter blinder u. sehbehinderter Menschen

Es wird vorgeschlagen, den Bericht nach der Sommerpause dem Beirat vorzulegen und im Anschluss daran dem Ausschuss für Gesundheit und Soziales.

In der kurzen anschließenden Aussprache wird das Beteiligungsverfahren gelobt und angeregt ggf. eine entsprechende Berichterstattung auf weitere Behinderungsformen auszudehnen.

Der Beirat erklärt sein Einverständnis mit dem von der Verwaltung geplanten Vorgehen.

## **5. Berichte aus den Runden Tischen / Leitfaden Runde Tische**

a) Runder Tisch Bauen (Sprecher: Herr Masmeier)

(Der Text ist in der Anlage beigefügt.)

Der Vorsitzende ergänzt, dass im Stadtentwicklungskonzept die Vernetzung der Verwaltung festgeschrieben sei. Er fragt nach, wie die Barrieren bei Um- oder Neubauten vermieden werden können.

Frau Kerler beschreibt das Verfahren als einen Prozess, an dem viele Stellen wie Runder Tisch Bauen, die Betroffenen und Nutzerämter beteiligt sind, aber auch die Vorschriften der Landesbauordnung u.ä. beachtet werden müssen. In Einzelfällen könne es schon einmal zu Problemen kommen, wie z.B. im Falle der Kindertagesstätten, es werde aber versucht, das zu vermeiden.

Das Thema wird von verschiedenen Mitgliedern näher hinterfragt. Dabei werden beispielhaft die Aufzüge im U-Bahnhof Heinrich-Heine-Allee genannt, wo Rollstuhlfahrer nicht an die Bedienungselemente kommen können.

Ratsherr Syska widerspricht der Darstellung, die Probleme seien Einzelfälle. Die Barrierefreiheit sei eine gesetzliche Vorgabe, das stehe in der Landesbauordnung, den DIN-Vorschriften usw. Die Stadt als Bauaufsicht dürfe Bauten gar nicht abnehmen, wenn sie nicht „behindertengerecht“ seien.

Frau Lilienbecker erläutert für die Verwaltung, dass grundsätzlich barrierefreie Aufzüge bestellt werden, die Firmen werden in der Ausschreibung darauf hingewiesen.

Frau Bellstedt erklärt, dass die freien Träger ebenfalls bemüht sind, barrierefrei zu bauen.

Herr Masmeier weist darauf hin, dass es nicht ausreiche, mit den Anbietern Barrierefreiheit zu vereinbaren, weil diesen oft nicht klar sei, was das bedeute.

Der Beirat nimmt den Bericht aus dem Runden Tisch Bauen zur Kenntnis (siehe Anlage) und empfiehlt dem entsprechend, eine Vorlage für den Ausschuss für Gesundheit und Soziales zu entwickeln, um eine verbesserte Zugänglichkeit des so genannten Malkastenparks beim

Betreiber zu erreichen, sowie die städtischen Zuwendungsrichtlinien dahingehend zu ändern, die Vergabe von Fördermitteln an die Herstellung weitestgehender Barrierefreiheit zu knüpfen, die sich bei bestehenden Objekten an den jeweiligen Gegebenheiten orientieren muss.

b) Runder Tisch Verkehr (Sprecher: Herr Zielonka)

(Der Text ist in der Anlage beigefügt.)

Nach dem Bericht werden verschiedene Einzelthemen angesprochen, wie Bordsteinabsenkung, die im Sinne der blinden und sehbehinderten Menschen jedoch 3 cm nicht unterschreiten sollte. Auf der Straßenbahnlinie von Holthausen bis Benrath wird das Fehlen barrierefreier Haltestellen bemängelt. Es wird betont, dass ausschließlich akustische Abfahrtsignale der Straßenbahnen ein Risiko für Menschen mit Hörbehinderung darstellen. Die Notrufsäulen in den U-Bahnen seien nur für sprechende Menschen geeignet, hier müssten Displays mit Tastaturen ergänzt werden.

Der Vorsitzende, Ratsherr Janetzki bittet darum, diese Detailfragen in den Runden Tischen zu besprechen.

Der Vorsitzende regt an, die im Bericht dargestellten Aufträge aufzunehmen und diese an die entsprechenden Fachausschüsse weiter zu leiten.

c) Runder Tisch Kommunikation

Da in diesem Gremium noch keine Sprecher/innen gefunden wurden, stellt Frau Rigter für die Verwaltung dar, dass am 15. Juni die zweite Sitzung stattfand. Darin befassten sich die Mitglieder u.a. mit der barrierefreien Gestaltung der städtischen Internetseiten, der mobilen Funkanlage für Menschen mit Hörbehinderung und dem Gebärdensprachservice städtischer Ämter. Die Wahl der Sprecher/innen wird in der nächsten Sitzung nachgeholt.

d) Leitfaden Runde Tische

Der Beirat nimmt den modifizierten Leitfaden „Runde Tische“ zustimmend zur Kenntnis. Auf Nachfrage zum Datum des Inkrafttretens erklärt Herr Buschhausen, dass der Leitfaden mit dem heutigen Tage in Kraft trete.

## 6. Bericht der Verwaltung

- Sachstand Nahverkehrsplan

Frau Rigter führt aus, entsprechend der Empfehlung des Beirates vom 16. März habe sich der Runde Tisch Verkehr in einer Sondersitzung am 31. März mit dem Entwurf des Nahverkehrsplans befasst. Die Anregungen sind dem geschäftsführenden Vorstand des Beirates zugeleitet und nach Abstimmung mit diesem dem Amt für Verkehrsmanagement weitergeleitet worden. Dort gehen alle Rückmeldungen anderer Gremien ebenso ein und werden zusammen gefasst und am 18. November zur Abstimmung im Ordnungs- und Verkehrsausschuss vorgelegt.

- Sachstand Stadtentwicklungskonzept

Frau Giersch berichtet, der Ausschuss für Planung und Stadtentwicklung habe in seiner Sitzung am 01.04.2009 dem Rat der Stadt empfohlen, das Stadtentwicklungskonzept Düsseldorf 2020+ - Wachstum fördern, Zukunft gestalten - zu beschließen. Der Beschluss erfolgte mit der Maßgabe, dass den Anregungen des Behindertenbeirates ausdrücklich gefolgt wird. In seiner Sitzung am 30.04.2009 hat der Rat das Stadtentwicklungskonzept mit diesen Anregungen des Beirates beschlossen.

- Nacht der Museen am 9. Mai

Die Hinweise zur Barrierefreiheit wurden wie in der letzten Sitzung des Beirates vom Vertreter des Kulturamtes angekündigt, in die Internetveröffentlichung aufgenommen, in der gedruckten Version war dies kurzfristig nicht mehr möglich. Für das kommende Jahr wird aber zugesagt,

diese Informationen sowohl im Internet als auch in gedruckter Form zur Verfügung zu stellen.

- Besuch der Landesbehindertenbeauftragten

Frau Giersch berichtet, dass die Landesbehindertenbeauftragte, Frau Angelika Gemkow, am 26. Mai im Rahmen ihrer landesweiten Tour „Nordrhein-Westfalen ohne Barrieren“ gemeinsam mit dem Sozial- und Schuldezernenten, Herrn Beigeordneten Burkhard Hintzsche, sowie dem geschäftsführenden Vorstand des Beirates für Menschen mit Behinderung die Hulda-Pankok-Gesamtschule besucht hat. Dort konnte beispielhaft anhand des Sportunterrichtes erlebt werden, dass Schülerinnen mit und ohne Behinderung gemeinsam unterrichtet werden. In diesem Zusammenhang wurden mit Vertreterinnen und Vertretern der Lehrerschaft und der Elternschaft konstruktive Gespräche geführt.

- Runder Tisch Kinder, Jugendliche und Familie

Frau Hartmann stellt dar, dass die erste Sitzung am 3.12. im Jugendinformationszentrum stattfinden werde. Auf Nachfrage sagt Frau Giersch für die Verwaltung zu, dass künftig in den Namen des Runden Tisches auch der Zusatz „Familie“ aufgenommen werde.

- Begleitservice Rheinbahn

Frau Rittmann berichtet als Vertreterin der Rheinbahn, dass das Pilotprojekt „Begleitservice in den Abendstunden“ von Juni bis August 2009 durchgeführt wurde. In dieser Zeit erfolgten insgesamt 41 Aufträge, die von 15 Bürgerinnen und Bürgern in Anspruch genommen wurden. Zum Vergleich weist sie auf die Nutzung des normalen Begleitdienstes mit 300 - 400 Aufträgen pro Monat im gleichen Zeitraum hin.

In der anschließenden kurzen Diskussion wird die Frage gestellt, ob bei der Bewertung der Nutzerzahlen berücksichtigt worden sei, dass Urlaubszeit gewesen sei, sich die Kunden im Sommer während der hellen Abendstunden

eher alleine auf den Heimweg begeben und fast keine Werbung für dieses Angebot gemacht worden sei?

Frau Rittmann erwidert, dass es nicht bedeute, dass wegen der geringen Aufträge das Angebot eingestellt werde. Gemeinsam mit der ARGE Düsseldorf werde die Inanspruchnahme bewertet und über die Fortsetzung beraten. Im Übrigen seien der Seniorenbeirat und die Blindenverbände informiert gewesen. Die Zukunftswerkstatt Düsseldorf habe ebenfalls informiert. Die Rheinbahn sei davon ausgegangen, dass dies auch weitergegeben werde.

Der Seniorenbeirat hat die Information an die Zentren Plus gegeben. Ebenso hat der Allgemeine Blindenverein die Informationen an seine Mitglieder weiter geleitet.

Die Beiratsmitglieder empfehlen, die Erprobung fortzuführen, insbesondere in der kommenden dunkleren Jahreszeit, der normale Begleitdienst habe auch mit Anlaufschwierigkeiten zu tun gehabt.

Frau Rittmann betont, dass immer 4 bis 6 Mitarbeiter/innen für diesen Dienst, der auf freiwilliger Basis geleistet wird, zur Verfügung standen.

Ende September werde ein Gespräch mit der ARGE stattfinden Für die Rheinbahn werde sie die Anregungen des Beirates, das Pilotprojekt fortzusetzen, mitnehmen.

- Namensänderung im Internet

Frau Hartmann teilt mit, dass die Anregung des Beirates aufgegriffen worden sei, den Begriff „Behindertenbeirat“ durch „Beirat für Menschen mit Behinderung“ ersatzweise „Beirat“ auf den städtischen Internetseiten zu verwenden, der satzungsgemäße Name war insbesondere in der Seitennavigation aufgrund seiner Länge nicht praktikabel.

## 7. Verschiedenes

- Behindertengerechte Parkmöglichkeiten auf Trödelmärkten

Der Vorsitzende, Ratsherr Janetzki, berichtet davon, dass ihm berichtet worden sei, auf Trödelmärkten sei es schwierig, einen geeigneten Parkplatz als Behinderter zu bekommen. Im Rahmen des Genehmigungsverfahrens durch die Stadt könne diese Auflage mit eingebaut werden.

Auf seine Anregung hin empfiehlt der Beirat mehrheitlich der Verwaltung, die Auflagen für die Genehmigung von Trödelmärkten u. ähnlichen anderen Veranstaltungen um den Nachweis einer ausreichenden Anzahl behindertengerechter Parkmöglichkeiten zu erweitern.

In der Diskussion wird noch darauf hingewiesen, dass im Rathaus früher ein von weitem sichtbares Schild für Rollstuhlfahrer vorhanden war, das auf den Aufzug aufmerksam machen sollte. Vermutlich sei es im Rahmen von Bauarbeiten entfernt worden. Die Verwaltung sagt zu, sich darum zu kümmern.

- Terminplanung 2010

Aufgrund der Terminplanung der nach der Kommunalwahl neu zu besetzenden Ausschüsse ist es derzeit noch nicht möglich, die Sitzungstermine für das kommende Jahr zu benennen. Sie werden kurzfristig nachgereicht.

- Selbsthilfetag 05.09.

Der Vorsitzende berichtet von der gelungenen Veranstaltung, an der auch dankenswerterweise Frau Bürgermeisterin Dr. Strack-Zimmermann teilgenommen hat. Allen Akteuren, insbesondere der Selbsthilfe, aber auch der Verwaltung wird ausdrücklich gedankt. Aufgrund der jahreszeitlich bedingten schlechten Witterung wird um eine Vorverlegung künftiger Veranstaltungen gebeten.

Abschließend stellt der Vorsitzende fest, dass der Beirat eine Wiederholung des Selbsthilfetages empfiehlt.

- Informationsbroschüre des Beirates.

Frau Rigter informiert darüber, dass die Broschüre fristgerecht zur Veranstaltung herausgegeben werden konnte. Sie wurde mit der Einladung zur Sitzung versandt und sei auch im Sitzungssaal ausgelegt. Darüber hinaus könne die Broschüre in der Geschäftsstelle bestellt werden. Der Blindenverein prüfe derzeit die pdf-Version auf weitestgehende Barrierefreiheit, dann werde sie auch im Internet veröffentlicht.

- Organisationsänderung der Behindertenkoordination

Frau Giersch gibt bekannt, dass die Behindertenkoordination organisatorisch als Stabsstelle in ihrer Abteilung für Senioren, Behinderte und Pflegebedürftige im Amt für soziale Sicherung und Integration mit dem Aktenzeichen 50/30-01 geführt werde. Frau Hartmann übernehme an Stelle von Frau Scherf die Vertretung von Frau Rigter im Beirat. Frau Scherf habe im Sachgebiet Eingliederungshilfe (Aktenzeichen 50/33) neue Aufgaben übernommen und sei weiterhin u. a. für die Zuschussangelegenheiten der Vereine der Menschen mit Behinderung zuständig.

Herr Averbek bittet für die Arbeitsgemeinschaft der Vereine behinderter und chronisch kranker Menschen ARGE e.V. darum, diese Information schriftlich zu bekommen, um die angeschlossenen Vereine korrekt informieren zu können.

Ende der öffentlichen Sitzung: 16.30 Uhr

## **II Bürgerfragestunde**

Es gibt keine Wortmeldung.

gez.

Ratsherr Janetzki

Vorsitzender

gez.

Wessels

stv. Vorsitzender

gez.

Giersch

Amt für soziale Sicherung  
und Integration